

Infos aus dem Landesvorstand

Europawahlkampf im Ländle

Am 13. Juni sind Europawahlen und wieder wird mit einer super-schlechten Wahlbeteiligung, nämlich um die 50%, gerechnet. Aber das kann uns Grüne nicht beeindrucken, denn Umfragen zufolge sind unsere WählerInnen am „europafreundlichsten“ und dadurch motivierter als die Wähler anderer Parteien. Dies verknüpft mit den konstant guten Umfragewerten für Grüns verspricht ein sehr gutes Wahlergebnis am 13. Juni.

Die Ausgangslage

Etwa 80% der nationalen Gesetzgebung beruhen mittlerweile auf EU-Vorgaben, das heißt, auf der Rahmengesetzgebung der Europäischen Union. Längst nicht mehr nur die Landwirtschaftspolitik, sondern mittlerweile eben auch Gesundheitspolitik, Außenpolitik, Teile der Sozialpolitik, Öffentliche Daseinsvorsorge, Tierschutzpolitik etc. werden auf der europäischen Ebene zumindest vorentschieden.

Die einzigen, die wirklich die Konsequenzen daraus ziehen, sind wir Grüne. Mit der Gründung einer europäischen grünen Partei, die sich trotz kultureller Unterschiede auf eine gesamteuropäische Wahlplattform sowie auf eine gemeinsame Wahlkampflinie verständigt hat, haben wir bereits vor den Europawahlen europäische Parteiengeschichte geschrieben.

Aber auch auf den inhaltlichen Zusammenhang zwischen der EU- und der kommunalen Ebene wird reagiert, indem die Landesgrünen den Europa- und Kommunalwahlkampf als zusammengehörig betrachten und auch so führen werden. Das letzte große Liberalisierungsprojekt der EU (nach Strom, Gas, Post, Telekom, Eisenbahnen und ÖPNV) ist die Liberalisierung der (öffentlichen) Wasserversorgung. Die EU-Kommission hat sich vorgenommen, die Wasserversorgung den Marktkräften zu überlassen – ein Vorhaben, das die europäischen Grünen bekämpfen, das aber auch die meisten Städte und Gemeinden in und außerhalb Baden-Württembergs mehr als kritisch sehen, wird es doch erhebliche Auswirkungen auf ihre Rolle und ihren Versorgungsauftrag haben. Das ist ein Grund dafür, dass wir uns als Landespartei, gemeinsam mit der Europaabgeordneten Heide Rühle, dafür entscheiden haben, „Wasser“ zu einem Schwerpunkt des Europa- und Kommunalwahlkampfs zu machen.

Die Bodensee-Tour

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit den Schweizer und österreichischen Grünen darauf verständigt, in der Woche nach Ostern eine gemeinsame Tour auf und um den Bodensee zu veranstalten: Drei Tage, drei Themen. Der deutsche Tag der Tour steht unter dem Motto „Wasser“ und damit können europapolitische und kommunalpolitische Anliegen ideal verbunden werden. Die Schweizer Grünen (die übrigens eine Beschlusslage für

Fortsetzung auf Seite 2

Vorstandsgeflüster

Die Wochen bis zum 13. Juni stehen ganz im Zeichen der Kommunal- und Europawahlen. Einige Kreistags- und Gemeinderatslisten im Landkreis stehen schon; an den Programmen wird mit Hochdruck gearbeitet. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Gründung des Ortsverbandes Unteramt in Pliezhausen/Wald-dorfhäsloch.

Wahlen sind für uns ein Anlass verstärkt um Mitglieder zu werben, denn besonders im Wahlkampf zeigt sich wie wichtig und attraktiv politisches Engagement sein kann.

Geld ohne Inhalte ist nichts, aber auch die besten Inhalte nützen wenig ohne Geld, denn wir müssen sie auch transportieren können. Darum die Bitte: Spendet! Unsere Rücklagen sind nahezu aufgezehrt und dennoch wollen wir neben der Europa- und Kreistagswahl die kleinen Gemeinderatslisten im Landkreis auch finanziell unterstützen. Es wäre schade, wenn wir Stimmen verlorren, weil uns die finanziellen Mittel fehlen, unsere Erfolge und Ziele darzustellen.

Auch auf anderen Ebenen herrscht, wie wir wissen, akuter Geldmangel. Wie sich das auf die Situation im ÖPNV in Bawue auswirkt, könnt Ihr in Boris Palmers Bericht aus dem Landtag auf Seite 6 nachlesen.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns auseinandergesetzt haben, sind die neuen Gentechnikgesetze. Dazu mehr auf Seite 3.

Erfreuliches für den Landkreis in Sachen Förderung Erneuerbarer Energien: in Bad Urach wird bald das erste geothermische Pilotkraftwerk Deutschlands nach dem Hot-Dry-Rock-Verfahren ans Netz gehen - auch dank der Zuschüsse des Bundesumweltministeriums im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogrammes (S. 7).

Euch viel Spaß beim Lesen wünscht
der Kreisvorstand

Unser Spendenkonto:

Kreissparkasse Reutlingen
BLZ 640 500 00
Konto-Nr. 44 891

Fortsetzung von Seite 1

Europawahlkampf im Ländle

einen EU-Beitritt haben) nehmen sich des Themas „Gen-technik in Lebensmitteln“ an und die österreichischen Grünen werden sich schwerpunktmäßig mit der Verkehrspolitik und der Frage der transeuropäischen Verkehrsnetze auseinandersetzen. Die Tour verspricht spannend zu werden und alle Interessierten sind herzlich eingeladen, das grüne Schiff zwischen 15. und 17. April zu besuchen. Nähere Informationen sind über www.ba-wue.gruene.de abrufbar.

Diese Aktion ist für uns Landesgrüne erstens Neuland und zweitens vor allem „Europa konkret“ – oft sind doch die Verbindungen der Menschen, insbesondere in den Grenzregionen, über die Grenzen hinweg bereits heute stärker als beispielsweise zwischen Ba-Wü und Brandenburg. Dies deutlich zu machen, dabei auch der Provinzialität der baden-württembergischen Landesregierung und des Ministerpräsidenten Erwin Teufel eine europäische Perspektive von Baden-Württemberg aus entgegenzusetzen – das wollen wir mit dieser Bodensee-Tour erreichen.

Weiteres Thema: EU-Erweiterung

Am 1. Mai treten zehn Länder der EU bei, darunter acht Staaten aus Mittel- und Osteuropa. Laut Meinungsumfragen reagieren die Menschen besorgt und sind skeptisch gegenüber den ehemaligen Gegnern, die innerhalb von zehn Jahren erst zu neuen Nachbarn und jetzt zu Mitgliedern der Familie werden. Diese Erweiterung birgt natürlich eine Reihe von Risiken, aber meiner Meinung nach überwiegen die Chancen. Es ist unsere Aufgabe als grüne Partei, einen Beitrag zum „Ergrünen“ Mittel- und Osteuropas, zu leisten und den Schritt vom Kennen lernen zum Voneinander lernen zu leisten. Der Geschäftsführende Landesvorstand, Heide Rühle und die Landtagsfraktion haben damit schon ernst gemacht und Grundlagen dafür bei einem Besuch in Slowenien geschaffen. Der Gegenbesuch findet am 24. April beim Landesausschuss (Kleiner Parteitag) in Kehl zur Europa- und Kommunalwahl statt und auch das Auftreten der „Jugendpartei“ Sloweniens verspricht interessant zu werden.

*Beate Müller-Gemmeke
Mitglied im Kreis- und Landesvorstand*

Anzeige

HANFHAUS

A N F FRÜHLING NATÜRLICH IN HANF

Hanf-Hemden ab € 49,90

Hanf-T-Shirts ab € 19,90

HanfHaus Reutlingen
Weingärtner Straße 27 fon 07121-33 92 23

Europe – we have the Party!

Daniel Cohn-Bendit ist der Überzeugung, dass in fünf bis zehn Jahren auch die anderen Parteien diesem Beispiel folgen werden – aber: „in den Geschichtsbüchern wird stehen, dass die Grünen, die ersten waren“. Gemeint ist das Wochenende am 21./22. Februar 2004, an dem 32 Grüne Parteien aus ganz Europa als erste politische Bewegung in Rom die erste Europäische Partei gegründet haben.

In einer offiziellen Zeremonie im Rahmen des Parteikongresses haben die Vorsitzenden der 32 grünen Mitgliedsparteien den Gründungsvertrag der Europäischen Grünen Partei unterzeichnet. Als Ort war bewusst das römische Kapitol ausgewählt worden, in dem bereits 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, die letztlich den Grundstein für die heutige Europäische Union legten. Damit hat die lose grüne Föderation die institutionellen Weichen für eine gemeinsame Zukunft gestellt und ihre Kräfte gebündelt – für den gemeinsamen Europawahlkampf und die grüne Gestaltung europäischer Politik.

Die „Team-SprecherInnen“ Monica Frassoni und Daniel Cohn-Bendit stellten in Rom alle SpitzenkandidatInnen aus den Mitgliedsstaaten unter dem Jubel der rund 1.000 aus London, Paris, Madrid, Wien, Riga, Nikosia und und und kommenden TeilnehmerInnen des Grünen Kongresses vor und gaben mit diesem ersten gemeinsamen Auftritt den Startschuss für den Grünen Europawahlkampf.

Dies war der erste Schritt auf dem Weg zu den Europawahlen am 13. Juni, den die Grünen Parteien nicht nur als eine Partei, sondern erstmals auch inhaltlich wie organisatorisch gemeinsam beschreiten werden. Neben dem Spitzenteam und einem gemeinsamen politischen Manifest werden alle Parteien auch mit einer einheitlichen Werbelinie und einem europäischen Internetauftritt in rund 20 Sprachen für die Grüne Politik in Europa werben.

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden nicht über irgendwelche Bürokraten im fernen Brüssel. Europa trifft den Alltag aller. Deshalb heißt der grüne Slogan bei uns: „Du entscheidest!“ und bei den ParteikollegInnen „You decide!“, „Vous decidez“, „Tu decidi“, „Jij beslist“, „Sina pääätät!“

Ein zweistelliges Wahlergebnis ist in Deutschland ein realistisches Ziel. Der Wahlkampf hat begonnen, unsere Ausgangslage, auch durch Rom, ist prima, also packen wir’s an!

*Beate Müller-Gemmeke
Mitglied im Landes- und Kreisvorstand*

Grüne Gentechnik

oder das Dilemma, etwas „salonfähig“ zu machen, was man gar nicht will

Eigentlich wollte ich einen rein informativen Beitrag über die neuen Gentechnikgesetze schreiben, aber nachdem ich mich durch Verordnungen, EU-Richtlinien, Haftungsregelungen und Standortregister durchgekämpft habe, kam ich zu dem Schluss, dass ich lieber der Frage nachgehen sollte, wie es möglich ist, den Menschen etwas aufzuzwingen, was sie eigentlich gar nicht wollen und was „wir“ dagegen tun können.

Die Verfechter der Grünen Gentechnik oder - dieser Ausdruck ist mir viel lieber - Agrogentechnik, also des Anbaus und Handels mit gentechnisch veränderten Pflanzen, werden nicht müde, ihre Produkte als Segen für die gesamte Menschheit darzustellen und zeigen sich verständnislos gegenüber den Kritikern dieser angeblich allheilbringenden innovativen Technik. Das hatten wir doch alles schon einmal, oder? Wie war das mit der Atomenergie, die uns bis weit ins neue Jahrtausend mit Energie im Überfluss versorgen sollte? Auch hier haben sich die selbsternannten Fortschrittsgläubigen durchgesetzt und diejenigen, die vor den Risiken gewarnt haben, als ewig Gestrige verspottet – nach dem Motto: Steinzeit – nein danke!

Die Parallelen sind verblüffend: hier wie dort versucht man, Profit und Machtgier unter dem Deckmantel des Versprechens paradiesischer Zustände für die gesamte Menschheit zu kaschieren.

Der dem Menschen angeborene Forscherdrang hat uns beides beschert: Atomkraft und Gentechnik. Spätestens seit dem Bau der ersten Atombomben in New Mexico vor nun 60 Jahren sollte uns klar sein, dass „Grundlagenforschung“ immer dann keine mehr ist, wenn wirtschaftliche und politische Interessen ins Spiel kommen. Dann werden Wissenschaftler zum Spielball der Macht.

Ganz abgesehen von den ethischen Bedenken gegenüber grenzenlosem Wissensdurst. Ob man

nun künstliche Atome erzeugt oder künstliche Wesen - für mich ist das Gott spielen. Man muss gar nicht gläubig sein, um zu sehen, dass wir als Teil der Natur niemals in der Lage sein werden, diese zu beherrschen und dass wir ihr - unbedarft wie wir sind - besser nicht ins Handwerk pfuschen sollten. Natürliche Prozesse sind hochgradig vernetzt, wir bekommen sie nicht dadurch in den Griff, dass wir versuchen, die Vernetzung einfach zu ignorieren.

Um bei der Gentechnik zu bleiben: lange Zeit ist man davon ausgegangen, dass ein bestimmtes Gen für die Synthese eines einzigen Proteins zuständig ist. Dieser Irrglaube brachte die Forscher z.B. auf die geniale Idee, herbizidresistente Pflanzen zu er„schaffen“.

Heute weiß man, dass man eigentlich über das Zusammenspiel der Gene gar nichts weiß. Die Auswirkungen sind unvorhergesehene rückkoppelnde Kettenreaktionen, die zu den Gefahren führen, die auch im Zusammenhang mit der Agrogentechnik immer wieder aufgeführt werden.

Nun stehen wir also da und verstehen die Welt nicht mehr: wie kann eine grüne Ministerin die Agrogentechnik „salonfähig“ machen? Genau das tut sie nicht: sie setzt die Vorgaben der EU so um, dass unter den gegebenen Umständen ein maximaler Schutz der gentechnikfreien Produktion gewährleistet wird. Ein allgemeines Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen widerspricht schlicht und ergreifend EU-rechtlichen Vorgaben.

Das Gentechnik-Gesetz regelt etwas, was die Grünen genau so wenig wollen wie die Ausnutzung der Kernkraft. Gerade deswegen ist es wichtig, jetzt nicht auszusitzen und die Regelung anderen überlassen. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wird mit dem Gesetz nicht erst ermöglicht – das geschieht durch die EU-Kommission, die diese Produkte zulässt. Es soll jedoch mithelfen, die schleichende Einführung von gentech-

nisch veränderten Lebensmitteln in Deutschland zu verhindern.

Das EU-Moratorium zum Anbau und Verkauf bislang nicht zugelassener Gentech-Pflanzen wird nicht ewig halten. Die Frage ist nur, wann und unter welchen politischen Rahmenbedingungen es fallen wird. EU-Zulassungen gelten auch für Deutschland. Es wäre eine Vogel-Strauß-Politik, wenn wir die kommenden Zulassungen durch die EU nicht durch neue Gesetze für den Schutz gentechnikfreier Produktion regeln würden.

Zum Schluss zu meiner Eingangsfrage: Eine Handvoll Konzerne setzt mit den ihnen allseits bekannten zur Verfügung stehenden Mitteln durch, etwas auf den Markt zu bringen, was niemand wirklich braucht und haben will, die Politik wird dazu genötigt, Gesetze zur „Schadensbegrenzung“ zu verabschieden und wird dann noch als Sündenbock hingestellt.

Wenn die Politik mal wieder angeblich versagt hat, sind wir alle gefragt! Was tun? Politik mit dem Einkaufskorb betreiben ist hier das allseits bewährte Schlagwort. Dies wird ab April übrigens einfacher sein, da die Kennzeichnungspflicht sehr viel restriktiver sein wird.

Was mich optimistisch stimmt: immer mehr Landwirte schließen sich zusammen und verpflichten sich, auf Gentechnik zu verzichten. Diese freiwilligen Initiativen finden jenseits politischer Grabenkämpfe statt und setzen dem befürchteten „Krieg in den Dörfern“ eine positive Botschaft entgegen: mit Gentechnik Kampf und Streit auf dem Acker, ohne Gentechnik Kommunikation und Zusammenarbeit.

Mit großräumigen gentechnikfreien Zonen kann man auf zivilgesellschaftlicher Ebene gegen die Ausbreitung der Agrogentechnik vorgehen und gleichzeitig die Diskussion in die Öffentlichkeit tragen.

Also hat das neue Gesetz doch schon Lenkungswirkung gezeigt!

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn

Brandherd Nahost

Die Mauer gegen den Frieden

Felicia Langer

Trägerin des Alternativen Nobelpreises

informiert und liest aus ihrem
neuen Buch

Dienstag, 6.4.04, 20.00 Uhr
Volkshochschule Reutlingen

Spende für Projekte erbeten

Es lädt ein:

Flüchtlingskinder im Libanon e.V.

Mitveranstalter:

Friedensgruppe RT, Ev. Kontaktstelle f. Asyl, AK
Flüchtlinge RT, Asy-Cafe, Kath. Bildungswerk, Bünd-
nis 90/Die Grünen, SPD

Von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-
Württemberg (SEZ) gefördert

Felicia Langer, die aus Polen stammende Jüdin, die vor den Nazis fliehen musste, nach Israel auswanderte und dort als Rechtsanwältin Palästinenser vor israelischen Militärgerichten verteidigte, ist eine engagierte Streiterin für die Menschenrechte und für einen gerechten Frieden in Nahost. 1990 wurde sie mit dem **Alternativen Nobelpreis** ausgezeichnet, 1991 ehrte sie die Bruno-Kreisky-Stiftung mit ihrem Preis. Als eine der für die israelische Gesellschaft bedeutendsten 50 Frauen wurde sie 1998 von der Zeitschrift „You“ gewählt. Felicia Langer ist Autorin zahlreicher Bücher.

In Ihrem neusten Buch „Brandherd Nahost oder: Die geduldete Heuchelei“ geht **Felicia Langer** auf die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten ein: auf die andauernde Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung insbesondere durch den Bau einer bis zu 8 m hohen **Sperr-Mauer im Westjordanland** und auf andere Hindernisse bei der Umsetzung der **Roadmap**. Sie thematisiert auch die Antisemitismuskonstruktion und die deutsche Verantwortung für einen gerechten Frieden in Nahost, der jegliche Entwicklung erst möglich macht.

(V.i.S.d.P.: Flüchtlingskinder im Libanon e.V., Birnenweg 2,
72793 Pfullingen)

Einladung zur Kreisversammlung

mit **Stefanie Hähnlein** (Landesvorstand
Grüne Jugend Baden-Württemberg und
Europakandidatin)

am Mittwoch, den 24. April 2004,
20 Uhr, El Greco, Kaiserpassage,
Reutlingen

Tagesordnung:

- TOP 1: Landesausschuss in Kehl am 24.4.04
Thema: Europa- und Kommunalwah-
len
- TOP 2: Wahl der Delegierten für den
Landesausschuss in Kehl
- TOP 3: Kommunal- und Kreistagswahlen:
aktueller Stand vor Ort
- TOP 4: Berichte aus den Ortsverbänden
und Gremien
- TOP 5: Sonstiges

Weitere Termine!!!!

(auch unter www.gruene-reutlingen.de im Termin-
kalender)

- 15.-17.4. Bodenseetour zur Europawahl
- 19.5.04 Abendveranstaltung mit Heide Rühle
in Reutlingen
- 10.5.04 vhs-Podium mit Cem Özdemir in
Münsingen

„Mit Erneuerbaren Energien in die Zukunft“

eine Infoveranstaltung mit
Winne Hermann (MdB), umweltpolitischer
Sprecher Bündnis90/Die Grünen
zur Novelle des EEG (Erneuerbare Energien
Gesetz) und zum Emissionshandel
und
Hans-Josef Fell (MdB), forschungs- und
technologiepol. Sprecher Bündnis 90/Die Grünen
zum den Potentialen erneuerbarer Energien

Montag, 15. März, Begegnungsstätte Hirsch;
Hirschgasse 9; Altstadt Tübingen ab 20 Uhr

Neue Gesichter auf den vorderen Listenplätzen: Grüne und Unabhängige haben ihre Kommunalwahlliste gewählt

Bei der Nominierungsversammlung am 2.2.2004 wurden 40 Personen auf die Gemeinderatswahlliste von „Die Grünen und Unabhängigen“ gewählt. Die über dreistündige Wahlprozedur, von Roland Riedl souverän geleitet, brachte folgendes Ergebnis:

1. Dr. Edith Ailinger (46), Ärztin
2. Friedemann Rupp (19), Zivildienstleistender, Jugendgemeinderat
3. Cindy Holmberg (28), Wirtschaftskorrespondentin
4. Dr. Peter Hoerz (37), Kulturwissenschaftler
5. Sabine Gross (40), Kinderkrankenschwester
6. Rainer Buck (47), Volkswirt, Gemeinderat
7. Monika Arnold (49), Zahnarzthelferin
8. Hans Gampe (54), Berufsschullehrer
9. Stephanie Steuckardt (27), Studentin, Mitglied des Kreisvorstands,
10. Christoph Joachim (45), Fahrradhändler, Gemeinderat

Für die weiteren Plätze siehe <http://www.gruene-reutlingen.de> unter Kommunalwahl.

Nur noch 2 der bisher 4 GemeinderätInnen werden am 13.6. zur Wahl stehen. Die Fraktionsvorsitzende Heide Schnitzer steht aus persönlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Das auf Platz 12 gesetzte Fraktionsmitglied Thomas Ziegler zog seine Kandidatur zurück, nachdem er bei der Wahl um Platz

12 gegen Marcellus Kolompar verloren hatte. Christoph Joachim, ebenfalls im Gemeinderat, erklärte, dass die Präsentation neuer Gesichter von Anfang an vorgesehen war, um den WählerInnen die Offenheit der Fraktion für neue Ideen zu signalisieren und neuen KandidatInnen eine konkrete Chance zu geben.

Rainer Buck, seit 20 Jahren im Gemeinderat, unterstützt ebenfalls diese Strategie, da sich die amtierenden grünen Gemeinderäte durch ihr konsequentes Verhalten bei dem durch ein Bürgerbegehren abgelehnten Kultur- und Kongresszentrum und ihre von Anfang an realistische Einschätzung der städtischen Finanzen bei der Bevölkerung viel Respekt verschafft hätten und auch von hinteren Listenplätzen gute Aussichten auf eine Wiederwahl hätten.

Dies und der bundespolitische Rückenwind seien die Gründe, weshalb die Erlangung von 5 statt bisher 4 Sitzen das Minimalziel darstelle, so Rainer Buck. Die Kinderbetreuung werde in der kommenden Legislaturperiode neben der Verschuldungs- und Verkehrsfrage einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung einnehmen und da könne es nur von Vorteil sein, wenn die langjährige Vorsitzende des Gesamtelternbeirates der Reutlinger Kindergärten und Kindertagesstätten (GERK) Dr. Edith Ailinger die Liste anführe.

*Jochen Herrmann,
Kreisvorstand*

Kreistagswahl: die KandidatInnen für den Wahlbezirk Reutlingen stehen fest

Bei der Nominierungsversammlung für die Kreistagswahlliste von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Wahlbezirk Reutlingen waren 36 Listenplätze zu besetzen. Nach der Begrüßung durch Kreisvorstandsmitglied Stephanie Steuckardt berichtete der amtierende Kreisrat Rainer Buck, der den verhinderten Fraktionsvorsitzenden Friedemann Salzer vertrat, von einer erfolgreichen Arbeit der Fraktion und umriss in wenigen Worten den Kompetenzbereich des Kreistags.

Insbesondere die zunehmende Bedeutung der Krankenhauspolitik und die Verwaltungsreform in BaWü würden den Kreistag in Zukunft verstärkt in das Rampenlicht rücken. Die Wahl, die durch die feinsinnige Ironie von Versammlungsleiter Dr. Peter Hoerz reichlich Anlass zum Schmunzeln bot, führte zu folgendem Ergebnis:

1. Beate Müller-Gemmeke (43), selbständige Sozialpädagogin, Mitglied Landes- und Kreisvorstand
2. Hans Gampe (54), Berufsschullehrer
3. Stephanie Steuckardt (26), Studentin, Mitglied des Kreisvorstands
4. Rainer Buck (47), Volkswirt, Gemeinderat
5. Cindy Holmberg (28), Wirtschaftskorrespondentin
6. Christoph Joachim (45), Fahrradhändler, GR
7. Annika Dohl (20), Azubi, Jugendgemeinderätin

8. Manfred Ramoth (48), Sozialpädagoge
 9. Caroline Bader (35), Reisekauffrau, GERK-Vorstand
 10. Renke Siems (35), Bibliothekar, GERK-Vorstand
- Weitere Plätze siehe <http://www.gruene-reutlingen.de> unter Kreistagswahl.

Eine Änderung im Kreistagswahlrecht ermöglicht es, dass die Pliezhäuserin Beate Müller-Gemmeke die Liste des Wahlkreises Reutlingen anführt. Nicht zuletzt ihr erfolgreicher Bundestagswahlkampf hat dem Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Reutlingen einen hohen Bekanntheitsgrad verschafft, von dem aller Voraussicht nach die gesamte Liste profitieren wird.

„Neben meinen kommunalpolitischen Wurzeln in Pliezhäusern sind mir durch meine Vorstandsarbeit und dem Bundestagswahlkampf die Themen in Reutlingen bzw. im gesamten Landkreis vertraut“, so Beate Müller-Gemmeke bei ihrer Bewerbung, „deshalb würde ich uns Grüne gerne im Kreistag vertreten und insbesondere mit dem Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit in finanziell frostigen Zeiten“. Sie ist optimistisch, dass im nächsten Kreistag mindestens wieder 8 grüne KreisrätInnen vertreten sind.

*Jochen Herrmann,
Kreisvorstand*

Wie sich das Land aus der ÖPNV-Förderung verabschiedet

Liebe Freundinnen und Freunde,

zu Beginn des Jahres hat die Landesregierung die Weichen in der Verkehrspolitik neu justiert. War in der Vergangenheit zumindest das Bemühen zu erkennen, den ÖPNV im Lande auszubauen, stehen die Zeichen nun wieder ganz auf der einseitigen Förderung des Straßenverkehrs. Ein Blick auf die Neufassung der GVFG-Förderrichtlinien und den Landeshaushalt 2004 lässt keinen anderen Schluss zu.

Ende Januar hat Verkehrsminister Ulrich Müller die neuen Richtlinien der Landesregierung für die Förderung nach dem GVFG (Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetz) bekannt gegeben – das sind die Zuschüsse, die das Land den Kommunen für Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrsbereich gewährt. Demnach wird die Förderhöhe für einzelne Projekte im ÖPNV deutlich abgesenkt und zudem ein fixer Selbstbehalt eingeführt. Im kommunalen Straßenbau bleiben dagegen die Fördersätze unverändert. Neu eingeführt wird hier ein Selbstbehalt, der jedoch im Unterschied zu ÖPNV-Investitionen nicht pauschaliert ist, sondern die Größe der Gemeinde und die Baukosten einbezieht.

Was bedeutet dies konkret? Zwei Beispiele: Entlang der DB-Strecke Tübingen – Horb gibt es in der Gemeinde Starzach (4.100 Einwohner) Bestrebungen zum Bau von zwei neuen Bahnhaltspunkten. Ausgehend von Baukosten für einen neuen Bahnhaltspunkt in Höhe von 300.000 € beträgt die finanzielle Belastung der Kommune nach den alten Förderrichtlinien 90.000 €. Nach den neuen Förderrichtlinien muss die Kommune jedoch 195.000 € tragen, eine Kostensteigerung von 117%! Würde es sich um ein Straßenbauprojekt handeln, würden die Kosten sich dagegen nur um 26% erhöhen.

Es fällt nicht schwer vorherzusagen, dass die geplanten Änderungen eine Umschichtung der GVFG-Fördermittel zum Straßenbau und zu finanziell aufwendigen ÖPNV-Großprojekten zur Folge haben werden, während die oft besonders effizienten kleineren ÖPNV-Maßnahmen zukünftig wohl am Geldmangel der kleinen und mittleren Kommunen scheitern werden.

Das Land belässt es aber nicht bei der Veränderung der Förderung nach GVFG, im laufenden Haushalt, der Mitte Februar verabschiedet wurde, hat das Land insgesamt 53 Mio. € an GVFG-Mitteln gestrichen. „Das goldene Zeitalter des ÖPNV ist vorbei“ – so Minister Müller bei seiner Rede zur Verabschiedung des Haushalts im Landtag. Leider lässt der Minister diesen Worten auch Taten folgen. In diesem Haushalt sind gerade noch 3% der Mittel, die das Land für den ÖPNV ausgibt eigene Mittel. Der Rest der Milliarde kommt

vom Bund oder den Kommunen. De facto hat sich das Land aus der ÖPNV-Förderung verabschiedet.

Ganz anders beim Straßenbau. Hier war der Minister äußerst erfindungsreich. Insgesamt investiert das Land 2004 133 Mio. € für den Straßenbau, ganze 33 Mio. € kommen davon aber aus dem regulären Haushalt, davon sind 23 Mio. € für den Straßenerhalt vorgesehen. Das restliche Geld kommt von der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes Baden-Württemberg und der L-Bank. Dies sind nichts als verdeckte Schulden und Schattenhaushalte, welche die nachfolgenden Generationen abtragen müssen. Die im Haushalt ausgewiesenen Einsparungen im Straßenbau realisiert das Land, indem es die Tilgungsraten für die Sonderprogramme im Landesstraßenbau über Jahre streckt. Somit kann das Land auch im kommenden Jahr Straßen bauen – auf Kosten der Umwelt und der Zukunft.

Boris Palmer (MdL)

Anzeige

ALAN *thema*WOHNEN GMBH
 HOFFMANNSTRASSE 12 • 72770 REUTLINGEN-BETZINGEN
 FON: 0 71 21/95 56-0 • FAX: 0 71 21/95 56-66

- Laden
- Schreinerei
- Restaurierungen

ökologisch
 bauen
 einrichten
 renovieren

ALAN
 BETRIEBE IN SELBSTVERWALTUNG

Impressum

Herausgeber: Bündnis90/Die Grünen,
 KV Reutlingen,
 Wilhelmstraße 89,
 72764 Reutlingen
 ☎ 07121/ 37 26 77
 Fax: 0712/ 37 26 78
 V.i.S.d.P.: Kreisvorstand des Kreisverbandes
 Reutlingen von Bündnis 90/ Die Grünen
 Redaktion: Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1;
 Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht,
 Belegexemplare bitte an Redaktion
 Bankverbindung:
 Konto-Nr. 44891, BLZ 640 500 00, KSK Reutlingen

Geothermie aus heißem Tiefengestein:

in Bad Urach wird gerade eine „unerschöpfliche Energiequelle“ erschlossen

Ende Februar gaben sich gleich zwei Umweltminister in Bad Urach die Ehre: Bundesumweltminister Jürgen Trittin und sein baden-württembergischer Kollege Ulrich Müller. Dieses Mal ging es einmal nicht um die alten Atommeiler im Ländle, sondern um etwas Neues, nämlich um das erste deutsche Erdwärme-Kraftwerk nach dem so genannten Hot-Dry-Rock-Verfahren, dessen Realisierung kurz bevorsteht. Neben Trittin und Müller lud die Stadt Bad Urach zahlreiche Gäste zu einem Festakt ein, mit dem die entscheidende Bohrung in das heiße Tiefengestein gebührend gefeiert werden sollte.

Der 46 Meter hohe Bohrturm am Rande des Kurgebiets von Bad Urach ist seit Dezember letzten Jahres rund um die Uhr in Betrieb. Der Bohrkopf mit 30 cm Durchmesser arbeitet sich mit einer Geschwindigkeit von 2,7 m/h bis in eine Tiefe von 4285 m vor. Durch dieses Bohrloch soll dann Wasser aus der nahegelegenen Erms in das rissige kristalline Gestein gepumpt werden, das dann dieses 170 °C heiße Gestein durchfließt. Über ein 45 m entferntes zweites Bohrloch wird dann das heiße Wasser, das wegen des hohen Druckes nicht siedet, an die Oberfläche gelangen und eine Turbine antreiben. Die Restwärme des Wassers soll zur thermischen Nutzung weiterverwendet werden. Im ersten Ausbauschnitt soll die Uracher Pilotanlage 1 Megawatt elektrische Leistung erzeugen und bereits im Jahr 2005 Strom für 2000 Haushalte bereitstellen.

Das Uracher Geothermieprojekt wird vom Bundesumweltministerium im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms – kurz ZIP – mit 6,5 Mio. € gefördert. Bad Urach ist zwar schon lange „im Bohrgeschäft“ tätig, ein riesiges Know-How auf diesem Gebiet ist in der Stadt angesiedelt – und zwar vor allem bei den Stadtwerken Bad

Urach, aber diese Finanzspritze aus Berlin hat dem Vorhaben zum entscheidenden Durchbruch verholfen. Ein Tag Bohren kostet übrigens 25.000 €

Trittin erwartet, dass 2050 in Deutschland 5 - 6 % des Stroms geothermisch erzeugt wird. Die Vorteile liegen auf der Hand: Geothermie ist grundlastfähig, da sie unabhängig von Tages- und Jahreszeiten zur Verfügung steht. Sie ist besonders umweltfreundlich, da keine Belastung mit CO₂ und kein radioaktiver Abfall entsteht. Es fallen keine Brennstoffkosten an und der Flächenverbrauch eines Geothermie-Kraftwerkes ist sehr gering.

Bleibt die Frage: wo ist der Haken an der Sache? Da ich in Bad Urach wohne und aus meinem Fenster seit Wochen auf den vor allem nachts so wunderschön angestrahlten Bohrturm blicken kann, nutzte ich wiederholt die Gelegenheit einer Führung an der Bohrstelle. Für mich steht seitdem fest: es gibt keinen Haken, nur einen kleinen Wehrmutstropfen. Wo man mit der anfallenden Wärme hin soll, ist noch nicht so ganz klar. Dass diese jedoch – solange das Fernwärmenetz nicht aufgebaut ist – in die Erms geleitet wird, ist nicht zu befürchten. Sie wird in Kühltürmen aufgefangen, die ihre Kühlleistung aus der Anlage selber beziehen. Was zwar dem Wirkungsgrad der Anlage nicht gerade förderlich ist, aber dem Umweltschutzgedanken Rechnung trägt.

Meine Vision: Das in der Umgebung des zukünftigen Kraftwerkes liegende Wohngebiet am Breitenstein ist zum großen Teil mit Nachtspeicherheizungen ausgestattet, meiner Meinung nach eine Wärmebereitstellung der doppelt absurden Art, die alles andere als zukunftsfähig ist. Es läge also auf der Hand, wo man die anfallende Wärme „losbekommt“... Völlig unrealistisch oder Zukunftsmusik?.

Übrigens: zum Schluss seiner Rede während des Festaktes, in der er zunächst mit in das hohe Lied der Erneuerbaren Energien einstimmt, ließ es sich Minister Müller dennoch nicht nehmen, Werbung für die atomstromlastige baden-württembergische Energiepolitik zu machen: Bawue weise bundesweit die niedrigste Pro-Kopf-Emission an CO₂ auf, was man den Atomkraftwerken, mit denen das Ländle ja so gut bestückt ist, zu verdanken habe. Ob sich der Landesminister da wohl genau so verrechnet hat, wie Ministerpräsident Teufel bei seinem aktuellen Vorschlag zur Steuerreform? Unabhängig davon: Bei so viel energiepolitischer Weitsicht kann ich nur sagen: wir können alles, nur nicht umdenken.

*Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn,
OV Bad Urach*

Kurze Info zur Geothermie:

Die geothermische Energieerzeugung ist weltweit vor der Wasserkraft die Regenerative Energiequelle Nummer 1! Bisher liegt ihre Hauptnutzung jedoch in Regionen, in denen durch die geologischen Gegebenheiten heißes Wasser oder Dampf direkt zur Energieerzeugung genutzt werden kann - bestes Beispiel ist Island.

Der weitaus größte Teil der Erdwärme ist jedoch in den trockenen Gesteinen des tiefen Untergrundes gespeichert. Die Nutzung dieser Energie ist nicht regional begrenzt, sondern kann überall durch entsprechend tiefe Bohrungen erfolgen. Die dabei zur Verfügung stehende Wärme ist praktisch unerschöpflich, könnte nahezu überall entnommen werden und ist somit nicht auf natürliche Heißwasser- und Heißdampflagerstätten angewiesen.

Kontakte:

Grünes Büro

Bündnis90/Die Grünen - KV Reutlingen
 Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen
 Öffnungszeiten: Di - Do von 9 - 11 Uhr
 außerhalb der Schulferien
 und nach Vereinbarung
 ☎ 07121/ 37 26 77
 Fax: 0712/ 37 26 78
 E-Mail: kv.reutlingen@gruene.de
 Internet: www.gruene-reutlingen.de
 Kreisgeschäftsführerin: Hanne Krönke
 Verkehrsverbindung: 5 min zu Fuß vom
 HBF und vom ZOB, RSV Linie 1 und 2

Kreisvorstand

Jochen Herrmann
 ☎ 07121/27 05 14
 E-Mail: jherrmann@kpmg.de

Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 ☎ 07125/ 15 56 20
 E-Mail: sabrina@hoffstetter.de

Marcellus Kolompar
 ☎ 07121/ 47 80 37
 E-Mail: marcellus.kolompar@t-online.de

Beate Müller-Gemmeke
 ☎ 07127/ 7 16 19
 E-Mail: B.Mueller-Gemmeke@gruene.de

Stephanie Steuckardt
 ☎ 07121/ 57 78 45
 E-Mail: diskussion@web.de

Vorstand OV Reutlingen
 Peter Wagner ☎ 07121/ 21 06 51

Vorstand OV Metzingen
 Markus Rösner
 ☎ 07123 / 63 78 37
 E-Mail: markus-roesner@web.de

Vorstand OV Pfullingen
 Michael Hagel
 ☎ 07121 / 75 08 10
 E-Mail: michael.hagel@gmx.net

Vorstand OV Bad Urach
 Dr. Sabrina Hoffstetter-Kuhn
 ☎ 07125/ 155 620
 E-Mail: sabrina@hoffstetter.de

Vorstand OV Münsingen
 Markus Mörike
 ☎ 07381/ 69 544
 E-Mail: m.moerike@web.de

Vorstand OV Unteramt
 Walddorfhäslach: Frank Baude
 ☎ 07127/925 422
 E-Mail: frank_baude@t-online.de
 Pliezhausen: Beate Müller-Gemmeke
 ☎ 07127/ 7 16 19
 E-Mail: B.Mueller-Gemmeke@gruene.de

Landtagsabgeordneter
 Boris Palmer
 ☎ 0711/20 63 691
 E-Mail: boris.palmer@gruene.de

Bundestagsabgeordneter
 Winfried Herrmann
 ☎ 07071 272 757
 E-Mail: winfriedherrmann@wk.bundestag.de

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift
 Anschriftenberechtigungskarte senden an
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN,
 Wilhelmstraße 89, 72764 Reutlingen

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
72764 Reutlingen

AKTUELL:

zur Gründung des Ortsverbands Unteramt (Walddorfhäslach/Pliezhausen)

Die Gründung eines gemeinsamen Ortsverbands stand schon länger auf der Agenda – jetzt hat es endlich geklappt! Unter dem Motto „Das Unteramt soll noch grüner werden“ haben sich 17 Interessierte getroffen und einen Ortsverband für Pliezhausen und Walddorfhäslach gegründet.

Zwei Ortsvorsitzende werden den neuen OV in der Öffentlichkeit vertreten: für Walddorfhäslach Frank Baude und für Pliezhausen Beate Müller-Gemmeke. Udo Schreiber ist Ortskassierer und Sabine Schnell wurde zur Schriftführerin gewählt. Die Wahlen und die notwendige Satzung waren schnell erledigt, die folgende inhaltliche Diskussion sowie Themensetzung führten dann zu einer interessanten und lebhaften Diskussion in angenehmer Atmosphäre.

Mit dem grünen Ortsverband soll insbesondere das vorhandene Potential besser für die Kommunalpolitik erschlossen werden und damit ein Rahmen für die Aktiven vor Ort entstehen. Dies ist vor allem der Wunsch der aktiven Gemeinderätinnen Almut Venus und Beate Müller-Gemmeke der Kommunalen Liste umweltbewusster Bürger (KLUB) in Pliezhausen. Für Walddorfhäslach wurde das ehrgeizige Ziel gesetzt, endlich wieder mit einer eigenen Liste bei der Kommunalwahl am 13. Juni ins Rennen zu gehen. Frank Baude hat dazu schon einige MitstreiterInnen bei der Gründungsversammlung gefunden und wird die neue Kommunalwahl-liste in Walddorfhäslach anführen.

Der Ortsverband soll Anlaufstelle für alle BürgerInnen werden, die Anliegen an die Kommunalpolitik haben oder ideenreich und kritisch die Politik vor Ort begleiten wollen. Allen Anwesenden ist wichtig, dass eine gemeinsame grüne Politik für die Region Unteramt entstehen soll, die über die Gemarkungsgrenzen hinaus wirken und die „krasse Mauer zwischen Walddorfhäslach und Pliezhausen aufbrechen soll“, so Frank Baude.

Neben dem Anspruch die kommunalen Finanzen nachhaltig zu verwalten und ökologische Aspekte bei allen Entscheidungen mitzubedenken, wird ein Schwerpunkt kommunaler Politik vor allem aber auf der Erhaltung sozialer Standards liegen. Gerade in finanziell frostigen Zeiten ist der Gestaltungsspielraum gering, es wird vor allem darum gehen, Bestehendes und Bewährtes zu erhalten.

Wer noch mitmischen, reinschauen oder aber die Gemeinderatslisten unterstützen möchte, melde sich bitte bei Beate Müller-Gemmeke oder Frank Baude (siehe Kasten links).